

## **Beschluss des 14. Kleinen Landesparteitags der CDU Berlin**

Donnerstag, den 5. November 2015

### **Kinder, Kinder - Für Familien in Berlin!**

Familien sind da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und wo Kinder sind. Familie ist jedoch nicht alleine die junge Familie mit kleinen Kindern oder Jugendlichen. Sie umfasst alle Generationen. Die Beziehungen zwischen Kindern, Eltern, Großeltern und Urgroßeltern sind heute wichtiger denn je und müssen gestärkt werden. Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft, denn in ihnen wird tagtäglich gelebt, was für den Zusammenhalt und Fortbestand unserer Gesellschaft wichtig ist. Menschen lernen zuallererst in ihren Familien: Hier erfahren und erlernen sie im Idealfall schon in allerfrühester Kindheit Fürsorge, Zuwendung, Geborgenheit und gegenseitige Unterstützung, Mitmenschlichkeit und Verantwortung für andere Menschen, Bindungen einzugehen und zu pflegen. In Familien wird Kindern Wissen und soziale Fähigkeiten mit auf den Weg gegeben, die sie für das Leben brauchen. In der Familie wird gelebt, was in einer alternden Gesellschaft immer wichtiger, aber womöglich auch immer schwieriger wird: die Solidarität zwischen den Generationen. Familien stiften Orientierung in einer sich schnell verändernden globalisierten Welt.

Familienpolitik ist ein Herzstück christlich-demokratischer Politik. Die CDU Berlin steht für eine Familienpolitik, die dazu beiträgt, dass Menschen einen Rahmen finden, in dem sie aufwachsen, ihre Potenziale entfalten sowie Geborgenheit und Solidarität erfahren können. An erster Stelle steht für uns die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder und im fortgeschrittenen Lebensalter der Kinder für ihre Eltern. Einrichtungen, beispielsweise für Erziehung und Betreuung, können nur ergänzenden Charakter haben. Aufgabe der Politik ist es, für rechtliche, infrastrukturelle und materielle Bedingungen zu sorgen, die Familien ermutigen und unterstützen, sich bewusst für Kinder zu entscheiden.

#### **Familienpolitik in guten Händen**

Mit der CDU in Regierungsbeteiligung sind in Berlin folgende Maßnahmen umgesetzt worden, mit denen Familien in Berlin besser unterstützt und gestärkt werden:

Seit Beginn der Legislaturperiode 2011 ist es uns gelungen, in Berlin mehr als 18.500 neue Kitaplätze zu schaffen. Diese Platzzahl wurde zum einen durch Mittel, die die unionsgeführte Bundesregierung

zur Verfügung gestellt hat, sowie zum anderen durch Berliner Landesmittel und Mittel der Kita-Träger erreicht.

Gleichzeitig haben wir trotz des bundesweiten Fachkräftemangels sichergestellt, dass gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher die Kinder in den Kindertagesstätten betreuen, indem wir unter anderem unbürokratische Regelungen für Quereinsteiger geschaffen haben. Bisher haben sich zahlreiche Quereinsteiger dazu entschlossen, als Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas tätig zu sein. Dies haben wir deutlich erleichtert, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Quereinsteiger erweitert haben: So dürfen heute zum Beispiel bis zu 20 Prozent Quereinsteiger in Berliner Kita-Einrichtungen auf den Personalschlüssel angerechnet werden.

Darüber hinaus haben wir erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Berliner Kitas erreicht: Für das Jahr 2016 sind allein 2,5 Millionen Euro im Berliner Haushalt vorgesehen; für das Jahr 2017 wird das Land Berlin dafür sogar 9 Millionen Euro ausgeben. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen.

Wir haben uns in der Regierungskoalition außerdem für ein Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm stark gemacht, das erstmals in den Haushalt 2014/15 aufgenommen wurde. Dieses wird auch in den Haushaltsjahren 2016/2017 in einem Umfang von 10 Millionen Euro jährlich fortgeführt.

Für alle Berliner Kinder wurden durch uns bessere Voraussetzungen für den Schulstart geschaffen: Die Überprüfung des sprachlichen Kenntnisstandes der Kinder wird nun eineinhalb Jahre vor Schuleintritt durch eine frühere Sprachstandsfeststellung mit 4 Jahren und 6 Monaten statt 5 Jahren sichergestellt, wodurch eine längere Sprachförderung (auch in Bezug auf die Wochenstundenanzahl, die ebenfalls von 15 bis zu nun 25 Stunden ausgeweitet worden ist) der Kinder mit Förderbedarf ermöglicht wird. Wir haben außerdem durchgesetzt, dass maßgebliche Teile des Sprachlerntagebuchs schon vor dem Schulbeginn direkt von der Kita an die Schule geschickt werden können.

Zu einer familienfreundlichen Stadt gehören familienfreundliche Schulen: Um Familien zu entlasten und kurze Schulwege zu ermöglichen, haben wir beim Übergang zur Oberschule den Vorrang von Geschwister- und Bezirkskindern eingeführt. Geschwisterkinder können so auf die gleiche Schule gehen und Schüler, die im Bezirk der betreffenden Schule wohnen, werden bei der Vergabe der bezirklichen Schulplätze der jeweiligen „Zweit- und Drittwunschschule“ bevorzugt.

Um den Berliner Familien weiterhin ein umfangreiches Kulturangebot vergünstigt anbieten zu können, haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Berliner Familienpass weiter angeboten wird. Erst durch dieses Angebot erhalten viele Familien die Möglichkeit, Kulturveranstaltungen zu besuchen und so ihren Kindern ein interessantes und bildendes Freizeitangebot zu bieten. Diese außerschulische kulturelle Bildung ist wichtig für die Entwicklung der Kinder und fördert den familiären Zusammenhalt.

Unsere Kinder sollen zu mündigen, historisch bewussten, urteilsfähigen Mitgliedern unserer wertebewussten Gesellschaft und Demokratie heranreifen. Daher haben wir einen Jugend-Demokratiefonds mit einem jährlichen Volumen von knapp 500.000 Euro aufgelegt. Der Jugend-Demokratiefonds Berlin ist ein Beitrag, um demokratische Strukturen, Partizipation und die Arbeit gegen Extremismus in Berlin weiter auszubauen.

Bei uns werden die Familienbildung und die Arbeit mit Familien großgeschrieben. Seit 2011 sind mit Regierungsbeteiligung der CDU in Berlin 31 neue Familienzentren mit vielfältigen Bildungs- und Beratungsangeboten geschaffen worden; 5 weitere werden ab 2016 eingerichtet.

Wir optimieren die „Hilfen zur Erziehung“, indem wir vor allem eine sozialraumorientierte Jugendhilfe anbieten. Dieser Bereich ist und bleibt einer der wichtigsten Herausforderungen in der Familienpolitik, denn es gibt immer mehr Familien, die Hilfen in Anspruch nehmen bzw. nehmen müssen. Die sozialraumorientierte Jugendhilfe und die Erweiterung des erprobten Ziel-Wirkungscontrollings der Hilfeplanung wurden auf alle zwölf bezirklichen Jugendämter ausgeweitet. Wir fördern verstärkt die fachliche Weiterentwicklung der Sozialarbeit zu mehr Einbindung der sozialen Infrastruktur in das eigene Leistungsgefüge und größerer Berücksichtigung der Lebenswelten der Adressaten der Jugendhilfe. Dadurch sollen die Kinder und Jugendlichen die Hilfe bekommen, durch die sie das für sie festgelegte Ziel auch wirklich erreichen.

Die Notrufnummer Kinderschutz ist ein niederschwelliges, telefonisches „Rund-um-die-Uhr“-Beratungs- und Unterstützungsangebot und eine erste Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich Sorgen um das Wohl von Kindern und Jugendlichen machen. Sie bietet nun neben Deutsch auch Auskunft und Hilfe in Türkisch, Arabisch und Russisch an.

Die Gewaltschutzambulanz hat im Februar 2014 ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist eine Anlaufstelle für Gewaltopfer unabhängig von Geschlecht und Alter ohne die Notwendigkeit einer sofortigen Einschaltung der Polizei. Wir begrüßen die Entscheidung des Berliner Senats, ab dem 1. Januar 2016 das Netzwerk Kinderschutz um vier Kinderschutzambulanzen im gesamten Stadtgebiet zu erweitern. Die CDU Berlin hat sich bereits seit Jahren für die Einrichtung von Kinderschutzambulanzen in Berlin

eingesetzt. Verdachtsfälle von Kindesmisshandlung und Kindesmissbrauch werden dort durch Fachkräfte untersucht, ohne dass die Kinder stationär aufgenommen werden müssen.

## **Berlin braucht mehr Kinder!**

Nachhaltige Familienpolitik schafft ein Bewusstsein dafür, dass Kinder unser größter Reichtum sind. Die Familie ist die natürliche Klammer des Menschen. Hier werden Werte wie Liebe, gegenseitige Verantwortung, Fürsorge und Unterstützung gelebt. Damit bilden Familien das Fundament unserer Gesellschaft. Das Leben mit Kindern bedeutet Erfüllung, Wohlergehen und Glück. Unser Land braucht wieder mehr Kinder!

Die öffentlichen Ausgaben für Familienpolitik sind in den letzten Jahren von einem hohen Niveau ausgehend weiter gestiegen. Trotz des unbestreitbar hohen Engagements hat Deutschland mit rund 1,41 Kindern pro Frau jedoch seit langem eine der niedrigsten Geburtenraten weltweit. Zudem bekommen Frauen in immer höherem Lebensalter ihr erstes Kind, was sich demographisch ebenfalls negativ auswirkt. Im Jahr 2014 wurden in Deutschland nur halb so viele Kinder geboren wie 1964. Bei Fragen der Familienplanung befürchten viele Paare finanzielle oder berufliche Nachteile; andere sorgen sich darum, aus beruflichen Gründen nicht genügend Zeit für das Familienleben zu haben. Die Politik muss den Menschen Mut machen, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden. Eine nachhaltige Familienpolitik setzt deshalb zum einen intelligente finanzielle Anreize und unterstützt Eltern zum anderen dabei, Kinder und Beruf harmonisch miteinander zu vereinbaren.

## **Folgende Maßnahmen können helfen, Familien in unserer Stadt weiter zu stärken:**

### **1. Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten**

Um Familie und Beruf vereinbaren zu können, benötigen Eltern ausgezeichnete Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Gerade die vielen alleinerziehenden Mütter und Väter in unserer Stadt profitieren davon. Aufgrund der wachsenden Anzahl an Kindern in Berlin und der wachsenden Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen durch junge Familien muss der Ausbau der Kitaplätze weiterhin Priorität haben, damit Berlin über eine ausreichende Anzahl an Kindergartenplätzen verfügt. Durch den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr wird dem steigenden Bedarf Rechnung getragen und berufstätige Eltern entlastet.

Gute Kinderbetreuung steht in einer Großstadt wie Berlin immer auf mehreren Standbeinen. Neben dem Elternhaus und den Kitas müssen wir auch die Betriebe stärker in den Blick nehmen.

Unternehmen benötigen Anreize, eigene Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, denn so können die Betreuungszeiten der Kinder und die Arbeitszeiten der Eltern perfekt aufeinander abgestimmt werden - davon profitieren nicht nur die Familien, sondern auch die Arbeitgeber. Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, steuerliche Anreize für die Einrichtung von Betriebskitas in Berlin zu schaffen. Wir wollen aber auch die Arbeitgeber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Bei Nutzung längerer Kita-Öffnungszeiten, die mit höheren Betreuungskosten für die Eltern verbunden sein können, sollte geprüft werden, inwiefern sich die Arbeitgeber an diesen Kosten beteiligen.

Um ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung stellen zu können, wollen wir jedoch nicht nur die Betreuungsmöglichkeiten in Berlin ausbauen, sondern auch bestehende Kita-Einrichtungen erhalten. Aufgrund der besonderen Bedeutung der Kindertagesstätten für unsere Stadt und die soziale Infrastruktur wollen wir uns dafür einsetzen, Kitas vor kurzfristigen Kündigungen ihrer Gewerbemietverträge durch gewerbliche Eigentümer zu schützen.

## **2. Verbesserung der Qualität der Betreuung**

Die CDU Berlin weist schon seit langem darauf hin, dass sowohl die Qualität der Betreuung als auch der Betreuungsschlüssel für die unter 3-jährigen Kinder in Berlin verbessert werden muss.

Gute Betreuung gibt es allerdings nicht umsonst. Daher muss der Schwerpunkt auf dem Qualitätsausbau und nicht auf der Gebührenfreiheit der Berliner Kitas liegen. Wer gut verdient und sich die Kita-Gebühren leisten kann, investiert mit dem Kita-Beitrag in die Qualität der Betreuung aller Kinder und in die bessere Bezahlung der Erzieher. Dies ist auch im Sinne der sozialen Gerechtigkeit in unserer Stadt.

Um mehr Menschen dazu zu motivieren, den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers zu ergreifen, wollen wir die Attraktivität des Erzieherberufs erhöhen. Mehr Männer und Frauen sollen sich für diesen wichtigen Beruf entscheiden. Dabei sollten vermehrt Männer ermutigt werden, den Beruf eines Erziehers zu ergreifen. Insbesondere für Jungen ist es wichtig, in der frühkindlichen Phase auch männliche Bezugspersonen zu haben. Verbesserte Bedingungen in Kitas – z.B. eine Anpassung des Betreuungsschlüssels, eine bessere Ausstattung, etc. – tragen auch zu einer Attraktivitätssteigerung des Erzieherberufs bei.

Wir wissen, dass die Anerkennung der Erzieher auch über die Bezahlung erfolgt. In Berlin werden Erzieherinnen und Erzieher bisher unterschiedlich entlohnt: Einige von ihnen nach Tarifvertrag des Öffentlichen Diensts der Länder (TV-L), andere schlechter, aber orientiert am TV-L. Eine

Bezahlung nach dem Tarifvertrag des Öffentlichen Diensts (TVöD) wäre deutlich besser, da sich damit wahrscheinlich auch die Bezahlung der nicht nach Tarif bezahlten Erzieherinnen und Erzieher am TVöD orientieren und sich damit deutlich verbessern würde. Dies wäre ein geeignetes Mittel gegen den Fachkräftemangel und zur langfristigen Bindung von gutem Personal an die Kitas. Die Senatsverwaltung für Finanzen wird daher aufgefordert, sich in den künftigen Tarifverhandlungen im Erzieherbereich gegenüber den anderen Bundesländern für eine perspektivisch deutlich bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher wie nach TVöD einzusetzen.

Neben monetären Aspekten müssen wir unseren Erzieherinnen und Erziehern aber auch ideell den Rücken stärken. Sie leisten Großartiges für die Familien in unserer Stadt. Eine Image- und Werbekampagne, die den Stellenwert und die Notwendigkeit für unsere Gesellschaft öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck bringt, muss in Auftrag gegeben und umgesetzt werden. Dies würde gleichzeitig auch Jugendliche und junge Erwachsene auf den Erzieherberuf aufmerksam machen.

### **3. Bedarfsgerechte Kita-Öffnungszeiten**

Neben der Zahl der angebotenen Plätze, dem Betreuungsschlüssel und ausreichend Betreuungspersonal müssen in Berlin auch bedarfsgerechte Kita-Öffnungszeiten sichergestellt sein. Alle Eltern, die nach der Geburt weiter berufstätig sein wollen, sollen ihre Kinder gut betreut wissen. Von besonderer Bedeutung für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist vor allem ein erweitertes Betreuungsangebot der Kindertagesstätten. Dazu gehören flexiblere und längere Öffnungszeiten sowie Betreuungsmöglichkeiten auch am Wochenende und an Feiertagen, sowie kürzere Ferienschlusszeiten der Berliner Kindertagesstätten.

Für Eltern, die regelmäßig aufgrund von Schichtarbeit oder Arbeit an Wochenenden oder Feiertagen Schwierigkeiten haben, ihre Kinder in einer Kindertagesstätte mit regulären Öffnungszeiten betreuen zu lassen, soll die zuständige Senatsverwaltung prüfen, wie die Einrichtung von 24-Stunden-Kitas die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten kann. Ziel soll es sein, dass nach Möglichkeit in jedem Berliner Bezirk eine 24-Stunden-Kita eingerichtet wird. Die Betreuungszeit der Kinder soll dabei nicht über das übliche Maß hinausgehen. Bei der 24-Stunden-Kita geht es nicht um eine Ganztagesbetreuung für unsere Kinder, sondern lediglich um die Betreuung zu anderen Zeiten.

#### **4. Familiensplitting**

Das deutsche Ehegattensplitting begünstigt Ehepartner, auch wenn diese keine Kinder haben. Gleichzeitig gehen unverheiratete Eltern leer aus, obwohl immer mehr Kinder außerhalb einer klassischen Ehe geboren werden, gerade in den großen Städten. In Berlin beispielsweise kommen mittlerweile mehr Kinder außerhalb einer Ehe zur Welt. Wünschenswert ist daher ein Familiensplitting, bei dem das Einkommen durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt wird. Deshalb wird sich die Berliner CDU auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das bestehende Ehegattensplitting um ein Familiensplitting ergänzt wird.

#### **5. Kinderbonus in der Rentenversicherung**

Der Generationenvertrag besteht aus zwei Teilen: Die arbeitende Bevölkerung zahlt mit ihren Beiträgen die Rente der Älteren, gleichzeitig sorgt sie durch die verantwortungsvolle Erziehung von Kindern für die Beitragszahler von morgen. Kinderlose Beitragszahler erfüllen nur einen Teil des Generationenvertrags. Um dies auszugleichen, sollte eine Bonusregelung in die Rentenversicherung eingeführt werden, die nach Anzahl der Kinder gestaffelt wird. Dafür wird sich die CDU Berlin auf Bundesebene stark machen.

#### **6. Unterstützung für berufstätige Mütter**

Viele Frauen haben die Sorge, dass sich Kinder als Karrierehindernis herausstellen könnten. Sie fürchten sich vor einem Karriereknick nach der Babypause oder haben Zweifel, ob sie als Mutter überhaupt eine Anstellung finden können. Frauen sollen sich nicht zwischen Kind und Karriere entscheiden müssen. Helfen könnten für berufstätige Mütter beispielsweise geringere Arbeitgeberbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen – je mehr Kinder, desto höher der Beitragsrabatt. Die Politik muss Rahmenbedingungen (Maßnahmen der sog. positiven Diskriminierung) schaffen, unter denen es für Arbeitgeber besonders attraktiv ist, Mütter zu beschäftigen. Die Politik muss auch die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass junge Frauen sich bereits während der Ausbildung, des Studiums oder der frühen Berufsphase für ein Kind entscheiden.

#### **7. Kinderwunsch fördern**

Zehn bis 15 Prozent der Frauen und Männer in Deutschland, die sich Nachwuchs wünschen, bleiben ungewollt kinderlos. Oftmals kann in solchen Fällen die moderne Reproduktionsmedizin

helfen, über eine künstliche Befruchtung eine Schwangerschaft herbeizuführen. Jedoch tragen die Krankenkassen nicht alle Kosten solcher Behandlungen - und sie beteiligen sich meist nur an drei Versuchen. Hier sollte es deutliche Leistungsverbesserungen geben, damit der Kinderwunsch nicht wegen fehlender finanzieller Mittel der Paare unerfüllt bleibt. Ansatzpunkt kann das Bundesförderprogramm zur assistierten Reproduktion sein, dem sich Berlin unter Federführung von Gesundheits- und Sozialsenator Mario Czaja unlängst angeschlossen hat.

## **8. Alleinerziehende besser unterstützen**

Der Spagat zwischen Beruf und Familie verlangt von alleinerziehenden Müttern und Vätern einen besonders großen Einsatz. Wir empfinden großen Respekt vor denjenigen, die die große Verantwortung, Kinder gut aufwachsen zu lassen, alleine schultern. Auch und gerade Alleinerziehende sind Leistungsträger unserer Gesellschaft. Alleinerziehende zu entlasten, ist daher ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Berlin ist die „Bundeshauptstadt der Alleinerziehenden“. Gemessen an der Bevölkerungszahl leben hier die meisten Alleinerziehenden bundesweit. Im Jahr 2013 waren das rund 104.000 Berliner Haushalte, in denen insgesamt rund 146.000 Kinder unter 18 Jahren lebten. Damit lebt in jedem dritten Berliner Haushalt mit Kindern unter 18 Jahren nur ein Elternteil. Über 90 Prozent der Alleinerziehenden in unserer Stadt sind Frauen.

Wenn Ehen oder Partnerschaften auseinandergehen oder ein Elternteil verstirbt, sind damit nicht nur emotionale Härten, sondern häufig auch spürbare finanzielle Einschnitte verbunden. Nur etwa die Hälfte der Alleinerziehenden kann ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten. Auch aus diesem Grund setzt sich die Berliner CDU auf Bundesebene für die Einführung des Familiensplittings ein und unterstützt die Maßnahmen, die auf Bundesebene zur stärkeren finanziellen Entlastung von getrennt erziehenden Eltern getroffen wurden.

Gleichzeitig soll das geltende Unterhaltsrecht für Geschiedene einer Überprüfung unterzogen werden und die zeitliche Fürsorge des erziehenden Elternteils für jüngere Kinder stärker berücksichtigen. Alleinerziehende Väter und Mütter sollen nicht durch den Wegfall des Unterhalts bereits mit dem dritten Geburtstag des Kindes zur Vollzeitarbeit gezwungen sein. Bei Eltern, die sich die Fürsorge für ihr Kind teilen, soll der tatsächliche Aufwand zu den Unterhaltsverpflichtungen stärker ins Verhältnis gesetzt werden.



## **9. Mehr Zeit für Familien**

Familien brauchen Zeit füreinander. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene spricht zu Recht davon, dass Arbeitgeber, Betreuungseinrichtungen, Ämter und Behörden, Dienstleistungsanbieter und Verkehrsbetriebe die zeitlichen Bedürfnisse von Familien besser berücksichtigen sollen, etwa durch eine Abstimmung von Öffnungs- und Sprechzeiten. Diese Aufforderung gilt es jetzt mit Leben zu füllen, damit wirkliche Fortschritte erzielt werden. Deutschland braucht Vorfahrt für Familien in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Gerade für Mütter und Väter mit kleinen Kindern sind Wartezeiten besonders unangenehm. Daher wollen wir Familien auf öffentlichen Ämtern und bei landeseigenen Unternehmen in Berlin auf die „Überholspur“ bringen: Die Einrichtung so genannter „Familien-Überholspuren“ in der Berliner Verwaltung und bei landeseigenen Unternehmen, mit denen Eltern von kleinen Kindern Vorrang erhalten und daher von reduzierten Wartezeiten profitieren könnten, sollte geprüft werden. So könnte es beispielsweise einen eigenen Schalter nur für Familien geben, um dort bei Bedarf Eltern mit kleinen Kindern einen schnelleren Service anzubieten. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin mit gutem Beispiel voran geht und regen die Überprüfung der Öffnungszeiten der Berliner Behörden auf Familienverträglichkeit an.

## **10. Familienfreundliche Stadt**

Wir wollen, dass sich Familien in Berlin gut aufgehoben wissen und wohlfühlen. Zu einer familienfreundlichen Stadt gehören für uns auch eine ausreichende Anzahl von Spielplätzen und Grünflächen. Nicht nur Kinder und Jugendliche sollten sich regelmäßig sportlich bewegen, auch Erwachsenen und Seniorinnen und Senioren tut Bewegung gut. Daher sprechen wir uns dafür aus, generationenübergreifende Spiel- und Sportplätze, auf denen Kinder und Frauen und Männer jeden Alters gemeinsam trainieren können, im gesamten Berliner Stadtgebiet auszubauen. Diese Orte sollen als Begegnungsorte dienen, an denen Jung und Alt über Spaß, Spiel und körperliche Bewegung zueinander geführt werden sollen. Gerade in einer alternden Gesellschaft ist es insbesondere für Erwachsene und Senioren wichtig, sich mehr zu bewegen und etwas für die eigene Gesundheit und das Wohlbefinden zu tun.

Im Zuge der massiven Neubaupläne des Berliner Senats wollen wir ein familiengerechtes bzw. generationenübergreifendes Wohnen ermöglichen. Die Wohnungspolitik muss den Bedürfnissen der Familien entsprechen und nicht umgekehrt.

## **11. Erweiterung der Großelternzeit**

Es stärkt die Familie, wenn sich Großeltern intensiv um ihre Enkelkinder kümmern und damit die Eltern entlasten. Alle Erwerbstätigen sollten daher das Recht erhalten, eine berufliche Auszeit zu nehmen, um ein Enkelkind unter drei Jahren betreuen zu können. Dies könnte junge Paare motivieren, früher Eltern zu werden, weil sie ihren Nachwuchs wohlbehütet wissen. Statistiken zeigen, dass Paare, die in jungen Jahren Eltern werden, häufiger auch noch ein zweites oder drittes Kind bekommen.

## **12. Bonus ab dem dritten Kind**

Familien mit mindestens drei oder mehr Kindern sind finanziell besonders gefordert, weil sie beispielsweise deutlich größeren Wohnraum benötigen und einen besonders großen Teil ihres Familieneinkommens für Konsumausgaben des Alltags aufbringen müssen. Dies erschwert es vielen Familien, zusätzliche Ausgaben für die Freizeitgestaltung und Ferien einzuplanen.

Um den besonderen Bedürfnissen von Familien mit mehr als zwei Kindern Rechnung zu tragen, wollen wir den BerlinPass stärken. So sollen kinderreiche Familien neben den Angeboten des Berliner Familienpasses auch Vergünstigungen in den Bereichen, Verkehr, Sport, Kultur, Bildung und Freizeit durch den BerlinPass erhalten.

Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) muss es möglich sein, ihren Dienst zur Unterstützung von Mehrkindfamilien zu absolvieren. Die Maßnahme dient zum einen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördert zum anderen die effektive Familienzeit daheim.

## **13. Weitere Verbesserung des Kinderschutzes**

Der Kinderschutz in Berlin muss weiter verbessert werden. Dazu wollen wir die Angebote der Gewaltschutzambulanz und der Kinderschutzambulanzen weiter ausbauen. Insbesondere die Prävention durch gezielte Angebote für werdende Mütter und Väter soll verbessert werden.

Die ersten beiden Lebensjahre eines Kindes sind prägend für dessen gesamtes Leben. In dieser Zeit entwickeln sich die zentralen Grundmuster für soziale Beziehungen. Wer im Säuglingsalter Zuwendung und Sicherheit erfährt, kann sich später sehr viel besser den Herausforderungen des Lebens stellen, leichter Krisen bewältigen und auch selbst Vertrauen zu anderen Menschen

entwickeln. Dies macht deutlich, wie wichtig eine rechtzeitige, frühe familiäre Präventionsarbeit – am besten schon in der Schwangerschaft – ist. Eine frühe Unterstützung der jungen und werdenden Familien bewahrt in den allermeisten Fällen die Kinder vor späteren negativen Entwicklungen.

In Berlin wurden auf der Grundlage bezirklicher Initiativen und mit Hilfe der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen viele gute Ansätze geschaffen, um Familien so früh wie möglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Ein flächendeckendes Hebammenprogramm soll dafür sorgen, dass Mütter bereits vor der Geburt sowie nach der Geburt ihres Kindes, im Bedarfsfall auch über die bisherigen Einsatzmöglichkeiten von bisher bis zu acht Wochen hinaus, intensiv unterstützt und begleitet werden können.

Insbesondere Lotsensysteme spielen in Sachen Kinderschutz eine wichtige Rolle. Oftmals setzen sie aber entweder zu spät an, oder nur dann, wenn die Familien selbst aktiv werden. Eine systematische und evaluierte Form der Unterstützung bieten hingegen die sogenannten Babylotsen, die bereits seit 2012 an der Charité erfolgreich im Einsatz sind. Um eine frühestmögliche Unterstützung von Familien, die von gesundheitlichen oder sozialen Risikofaktoren betroffen sind, zu ermöglichen, wollen wir die Babylotsen nach dem Hamburger Modell an allen Geburtskliniken in Berlin einführen. Dazu sollen in erster Linie die zur Verfügung stehenden Mittel des Präventionsgesetzes zum Einsatz kommen. Ergänzend können Mittel der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen verwendet werden. Die Umsetzung soll in enger Abstimmung mit Bezirken und Krankenkassen erfolgen.

Um die Kooperation von Freien Trägern und Geburtskliniken zu verbessern, ist außerdem das Landeskrankenhausgesetz nach dem Vorbild des § 6c des Hamburgischen Krankenhausgesetzes zu überarbeiten.

Berlin braucht eine flächendeckende familienaufsuchende Sozialarbeit vor allem in den Brennpunktvierteln sowie mehr und kontinuierliche Angebote durch Beratungs- und Lotsendienste für Familien. Wir setzen uns für eine gesetzliche Reaktionspflicht der niedergelassenen Ärzte in Fällen von Kindesmisshandlungen ein. Hierbei ist das Jugendamt zu informieren und/oder die Überweisung an eine Klinik mit einer Kinderschutzambulanz vorzusehen. Im Falle eines Umzugs von bereits auffällig gewordenen Familien wollen wir, dass eine schnelle und verbindliche Übergabe der entsprechenden Akte von einem Sachbearbeiter zum nächsten in dokumentierter Form erfolgt. Verbindliche Kooperationen zwischen Jugend- und Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, gerichtsmedizinischem Know-How und Kinderschutzteams mit den niedergelassenen Kinderärzten sind erforderlich. Auch die

Kooperation zwischen Jugendamt mit Gerichtsvollziehern, Finanzbeamten und Wohnungsbaugesellschaften muss ausgebaut werden, um mögliche Kindesmisshandlungen frühestmöglich festzustellen. Die Institutionalisierung solcher Fachkooperationen soll sichergestellt werden.

Darüber hinaus soll die Einführung einer Fachsoftware zur Unterstützung des Frühwarnsystems im medizinischen Bereich zur Prävention von Kindesmisshandlung, z.B. nach Vorbild des RISKID-Informationssystems, geprüft werden. Unter dem Schirm der ärztlichen Schweigepflicht ermöglicht dieses System Ärzten, sich gegenseitig über Befunde und Diagnosen zu informieren.

Ebenso müssen noch mehr Investitionen in die Familienbildung fließen und weitere Kitas mit Familienzentren verbunden werden, um damit den Zugang zu Familien zu erleichtern, die schwer erreichbar sind. Durch eine Verstärkung der Ersthäusbesuche bzw. der aufsuchenden Elternarbeit sollen jungen Eltern und Familien frühe professionelle Hilfen angeboten werden, um eine eventuelle Gefahr des Hineingleitens in die Aussichtslosigkeit rechtzeitig entgegen zu wirken. Das öffentliche Berliner Online-Familieninformationsportal soll um eine berlinweite Familien-App für mobile Endgeräte ergänzt werden, damit Familien schnell, unabhängig und unbürokratisch Informationen erhalten können.

#### **14. Stärkung der Berliner Bezirke bei der Kinder- und Jugendarbeit**

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Kiezen ist eine wichtige präventive und pädagogische Leistung der Jugendämter. Sie wird häufig von jungen Menschen in Anspruch genommen, die sonst keine anderen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung haben. Hier werden ihnen interessante (Lern-)Angebote unterbreitet, von sportlichen Aktivitäten über Kunst und Musik bis hin zum praktischen Kochen und Werken oder um soziale Kontakte aufzubauen. Dabei stehen Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung, die die Kinder und Jugendlichen dabei begleiten und als Ansprechpartner bereitstehen. Häufig sind diese Einrichtungen die einzigen Orte, an denen sie sich in einem geschützten Raum entfalten können.

Zur verbesserten Finanzierung des Systems haben sich Senat und Bezirke ab dem Jahr 2016 auf ein Modell verständigt, den systemimmanenten Preisverfall zu stoppen und eine verbesserte finanzierte Basis zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass Nachteile, die durch das neue System entstehen könnten, ausgeglichen werden.

Ziel ist es auch, die gewachsenen Strukturen in den Bezirken zu berücksichtigen und zu erhalten, also die Erbringung der Leistungen sowohl über bezirkseigene Einrichtungen als auch über Freie

Träger der Jugendhilfe zu gewährleisten. Hier bedarf es ab dem Jahr 2017 der Evaluation, ob das neue System diese Ziele wirksam erfüllt hat um ggf. nachzusteuern.

## **15. Familienpflege und pflegende Angehörige unterstützen**

Allen Menschen, die sich um die Pflege und Betreuung von Angehörigen, Freunden und Bekannten bemühen, gebührt unsere Wertschätzung, Anerkennung und Dank.

In Berlin werden mit 75 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittliche viele Menschen in ihren Familien und/oder in ihren eigenen Wohnungen gepflegt (Stand: 2013). Die Pflege erfolgt bei der Hälfte aller Fälle allein durch Familienangehörige, fast ein Viertel der Pflegebedürftigen wird zumindest zu einem Teil von Angehörigen gepflegt.

Damit es weiterhin möglich bleibt, Pflegebedürftige in der Familie zu versorgen, wollen wir die Vereinbarkeit der Pflege mit dem Beruf und der Familie verbessern. Der Ausbau ambulanter Einrichtungen kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Gleichzeitig setzen wir auf lokale Initiativen. Projekte im Bereich der Nachbarschaftshilfe sollen unterstützt werden. Angebote zur Kurzzeitpflege sollen weiter gefördert und die Unterstützung in der Familie von ehrenamtlich Pflegenden mit Pflegebegleitern gestärkt werden.

Wo die Betreuung und Pflege älterer Menschen nicht in der eigenen Wohnung oder in der Familie möglich ist, wollen wir für ältere Menschen zeitgemäße Wohn- und Betreuungsformen weiterentwickeln. Dazu gehören beispielsweise das Betreute Wohnen oder ambulant betreute Wohngemeinschaften. Insbesondere generationenübergreifende Wohnformen, in denen Menschen verschiedenen Alters nicht nur unter einem gemeinsamen Dach leben, sondern auch Verantwortung füreinander übernehmen, sollen in Berlin weiter gefördert und ausgebaut werden. Sie sollen zu einem übergreifenden Dach und Ankerpunkt des sozialen Miteinanders und der Teilhabe vor Ort als sorgende Gemeinschaften entwickelt werden.

In Berlin existiert schon heute ein dichtes Netzwerk zur gesundheitlichen und allgemeinen Vorsorge und Beratung im Alter: Die derzeit 28 Pflegestützpunkte, die von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gefördert werden, sowie eine Vielzahl von staatlichen und privaten Informations- und Hilfseinrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratungen von pflegenden Angehörigen und zur Vernetzung bestehender Angebote. Kampagnen wie die „Woche der pflegenden Angehörigen“ und weitere Plattformen wie die „Pflegelotsen“, „Pflege in Not“ sowie

das Pflegeportal des Landes Berlin runden das insgesamt gute Informations- und Beratungsangebot in Berlin ab. Dieses Netzwerk soll weiter verdichtet und ausgebaut werden.

## **16. Familienbaudarlehen**

Selbstgenutztes Wohneigentum macht nicht nur unabhängig von Mietpreisentwicklungen sondern war und ist unverändert eine wichtige Form der individuellen Vorsorge für das Alter. Dabei zeigt der Trend auf vielen regionalen Wohnungsmärkten in Deutschland, dass die eigenen vier Wände auch im großstädtischen Umfeld auf immer mehr Interesse stoßen.

Berlin hat die große Chance, diesen Trend sowohl im Lebensgefühl der Menschen und gleichzeitig im Sinne einer ausgewogenen Stadt- und Wirtschaftsentwicklung zu nutzen und die Abwanderung von Menschen mit ihrer Kauf- und Steuerkraft zu stoppen.

Wir wollen vor allem Familien mit Kindern die Möglichkeit geben, wieder verstärkt Wohneigentum sowohl im Neubau, aber vor allem auch im Bestand zu bilden. Hierzu sollen attraktive Ergänzungsfinanzierungen der Investitionsbank Berlin, Familienbaudarlehen, genutzt werden.